

Mündliche Anfrage 917

der Abgeordneten Tina Fischer (SPD-Fraktion) und Erik Stohn (SPD-Fraktion)

an die Landesregierung

Hasskriminalität gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Am 18.06.2020 hat der Bundestag das Gesetzespaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität verabschiedet. Bestandteil des Pakets waren Änderungen des Strafgesetzbuches, des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes und des Bundesmeldegesetzes. So wurde insbesondere der Anwendungsbereich des § 188 StGB (Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung) auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erweitert.

Wir fragen die Landesregierung: Wie viele Verfahren hat es aufgrund des Gesetzespaketes zum Schutz von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern vor Hasskriminalität seit dessen Verabschiedung im Bundestag im Juni 2020 gegeben?